

**Antrag an die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer
am 09./10. November 2018, Frankfurt**

TOP-Nr.:	6.0
Antrag – Nr.:	1
Betr.:	Resolution

Antragsteller:	Vorstand der Bundeszahnärztekammer
Haushaltsauswirkungen:	keine

08.11.2018, 12:26 Uhr

Wortlaut:

- 1 Die Bundesversammlung fordert den Gesetzgeber auf, die Strukturen einer erfolgrei-
2 chen zahnmedizinischen Versorgung im deutschen Gesundheitssystem nicht in Fra-
3 ge zu stellen.
4
5 Neue Praxisformen dürfen die zahnärztliche Autonomie nicht gefährden, wie es die
6 Interessen von Kapitalinvestoren derzeit tun und damit das Patientenwohl gefähr-
7 den.
8 Die Fortentwicklung der Zahnärztlichen Berufsausübung auf der Grundlage fachli-
9 cher Selbstverantwortung und ethischer Verantwortlichkeit hat das Ziel, den Beruf
10 des Zahnarztes als Vertrauensberuf in gesellschaftlicher Verantwortung weiter zu
11 stärken.
12
13 Vor allem aber ist es Aufgabe der zahnärztlichen Selbstverwaltung, gemeinsam und
14 geschlossen, orientiert alleine an der Zukunft der zahnärztlichen Berufsausübung,
15 Konzepte und Vorschläge zu entwickeln, die den weit über 60.000 Berufsträgern
16 ebenso wie den folgenden Generationen von Zahnärztinnen und Zahnärzten, und
17 auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zahnärztlichen Praxen und Pra-
18 xislaboren, eine berufliche und wirtschaftliche Perspektive bieten.
19
20 Die Bundesversammlung fordert den Gesetzgeber auf, die freiberuflichen Pra-
21 xisstrukturen nicht durch eine Zulassung versorgungsfremder Investoren zu gefähr-
22 den. Therapiefreiheit ist eine essentielle Voraussetzung für Patientensouveränität und
23 Bedingung einer qualitätsorientierten Versorgung.
24
25 **Begründung:**
26 keine
27